

Freiheit als das höchste Gut

Eindrücke von den Hayek-Tagen 2007

Von Karen Horn*

Während alle Welt auf das G-8-Treffen in Heiligendamm blickte, hielt die Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft nur wenig weiter südlich, in Potsdam, ihr Jahrestreffen ab. Laut Meinungsumfragen gerät die individuelle Freiheit gegenüber der Gleichheit ins Hintertreffen, und in der Politik nimmt die Besserwisserei im Interesse kollektiver Ziele zu.

Die Freiheit ist das höchste Gut der Menschheit. In der modernen Gesellschaft ist dies allerdings beileibe nicht Konsens. Die Idee der Gleichheit habe sich als Ideal über Jahrzehnte immer mehr vor die Freiheit geschoben, berichtete Thomas Petersen von der Stiftung für Demoskopie in Allensbach an den Hayek-Tagen 2007 in Potsdam. Vor die Wahl gestellt, würde sich nur noch eine knappe Mehrheit der Bundesbürger für Freiheit statt Gleichheit entscheiden. Einen Hoffnungsschimmer sieht er in Ostdeutschland: Dort verbuche die Idee der Freiheit bei Personen unter 30 Jahren deutlich mehr Zuspruch nicht nur als bei älteren Ostdeutschen, sondern auch als bei Gleichaltrigen in den westlichen Bundesländern.

Regeln sind notwendig

Gerade weil die Freiheit das höchste Gut des Menschen ist, darf die Freiheitsliebe politisch freilich nicht in Anarchismus münden. Der Liberale komme bei aller Scheu, Werturteile verpflichtend zu machen, nicht darum herum, illiberale Zustände abzulehnen und sich mindestens in dieser Hinsicht zu Vorstellungen über eine gesunde Gesellschaft und ein Gemeinwohl zu bekennen, mahnte der Ökonom Hans Willgerodt, der in Potsdam die Friedrich-August-von-Hayek-Vorlesung hielt. In dieser Frage reiche es nicht aus, auf ergebnisoffene Prozesse der gesellschaftlichen Interaktion zu setzen, wie es sonst mit Blick auf die wuchernde Staatstätigkeit und die «illiberalen Elemente des staatlichen Besserwissens, der Bevormundung, Zuteilung und Rationierung» notwendig sei. Hier verfange auch der Vorwurf nicht, dass eine Regierung gar nicht über genug Wissen verfüge, um gesellschaftliche Prozesse zu steuern. Eines könne sie nämlich sehr wohl wissen: dass bei persönlicher Freiheit und gesicherten Rechten unter sorgfältig zu beachtenden Bedingungen ein System zur Verfügung stehe, das durch Millionen von Einzelentscheidungen gesteuert werde und sich mit zutraglichem Ergebnis selbst reguliere.

Eine freie Gesellschaft brauche Regeln, die ihren eigenen Fortbestand sicherten, und dafür sei der Staat zuständig – innerhalb festgelegter Grenzen. Die Hoffnung, dass sich im gesellschaftlichen Wandel rechtzeitig spontan Regeln des angemessenen Verhaltens herausbildeten, sei wirklichkeitsfremd. Willgerodt rief die Liberalen zu mehr politischem Engagement auf.

Politisches Engagement

Wie notwendig ein solches Engagement ist, lässt sich in Deutschland unter anderem in der auf Kostendämpfung fixierten Gesundheitspolitik besichtigen. Die jüngste Gesundheitsreform geisterte der frühere Präsident der Arbeitsgemein-

schaft selbständiger Unternehmer, Volker Geers, als Verwirklichung der «Träume einer Alt-Maoistin von zentraler Lenkung einer Volkswirtschaft»; der gesundheitspolitische Sprecher der FDP, Daniel Bahr, sprach von der Vorbereitung des Wegs in die Einheitsversicherung und in die Staatsmedizin, und der Soziologe Erich Weede klagte, die grosse Koalition sei «gross» nur im Missachten ordnungspolitischer Prinzipien. Man sei weder bei der Trennung von Steuer-Transfer-System und Gesundheitswesen noch bei der Trennung von Arbeitsverhältnis und Krankenkassenbeiträgen noch bei den Altersrückstellungen für die gesetzlich Versicherten auch nur ein winziges Schrittlchen vorangekommen.

Als Vorbilder für liberales politisches Engagement können unter anderem die diesjährigen Preisträger der Hayek-Gesellschaft dienen, der Vorsitzende der Leibniz-Gesellschaft und ehemalige Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Hans-Olaf Henkel, sowie der Ökonomieprofessor und frühere italienische Minister Antonio Martino. Beide wurden in Potsdam mit der Hayek-Medaille ausgezeichnet, einem mit jeweils 10 000 Euro dotierten Preis.

* Die Autorin ist Ökonomin und zurzeit freie Publizistin.